

Klaus Dietz als Gutachter für das Bundesgesundheitsministerium tätig ist, wirft dem Bayerischen Verwaltungsgerichtshof „erhebliche methodische Fehler“ vor.

Das Gericht habe in seinem Beschluß über den Zwangstest bei dem ehemaligen Drogenabhängigen bestimmte fachspezifische Begriffe verwechselt und notwendige Überlegungen aufgrund einer Wahrscheinlichkeitsberechnung außer acht gelassen. Bis heute nämlich gibt es falsch-positive und falsch-negative HIV-Testergebnisse. Je nachdem, ob die Testperson einer Risikogruppe zugehört oder nicht, ist es mehr oder weniger wahrscheinlich, ob das Testergebnis tatsächlich stimmt.

Für Aids-Tests ist eine Genauigkeit von 99 Prozent vorgeschrieben und bei den aufwendigeren Testverfahren inzwischen in der Praxis nahezu erreicht. 100 Prozent lassen sich nicht erreichen, weil in den Labors Schlampereien vorkommen, die sogenannte Serokonversion bei Frischinfizierten noch nicht stattgefunden hat und weil die für den Test maßgebenden Antikörper bei Schwerkranken allmählich verschwinden.

Würde eine völlig Aids-freie Bundesrepublik einem Massentest unterzogen, so wären wegen der nicht gänzlich ausrottbaren Testungenauigkeit von den rund 60 Millionen Einwohnern gut eine halbe Million positiv – natürlich falsch-positiv. Doch die Betroffenen würden in eine unnötige Todesangst gestürzt.

„Diese ganze Problematik“, sagt Wittkowski, sei „noch nicht zu den Politikern vorgedrungen“. Während die Bonner Enquete-Kommission vorerst nur „einen eher vorsichtigen, in jedem Falle aber bedachtsamen Umgang mit dem Test“ empfiehlt, gibt es in den USA bereits Kampagnen: „The best test is no test.“

Für Wittkowski ist beispielsweise „das Screening bei Blutspendern das Unsinnigste, was man sich vorstellen kann“. Er empfiehlt, positive Blutspenden „einfach wegzuschmeißen und auf ein paar Mark Einnahmen lieber zu verzichten“.

Der Münchner Medizinalbeamte Kathke hingegen, der letztes Jahr aus 81 154 Blutspenden fünf Positive herausgefischt hat, will entschieden an der bayrischen Testmethode festhalten, weiterhin die Betroffenen benachrichtigen und nach ihren Kontaktpersonen befragen: „Die würden mich doch anzeigen, wenn eines Tages auch ihre Ehepartner und ihre Kinder angesteckt sind.“

Solch eher übertriebene Vorsicht paßt ins bayrische Aids-Abschreckungsprogramm. Letzte Woche gab das Münchner Innenministerium die Broschüre „Aids – Was Reisende wissen sollten“ heraus. Darin wird auch vor einer Gefahr der Virusübertragung beim Zungenkuß gewarnt. Ein Sprecher der Aids-Hilfe: „Panikmache.“

Tatsächlich ist weltweit kein einziger Fall belegt, bei dem es zur HIV-Übertragung per Zungenkuß kam.

FERNSEHEN

Alles ruck, zuck

Ein Warnstreik verhinderte die „Tagesschau“. Der Bayerische Rundfunk bewährte sich als Streikbrecher.

Volker Bräutigam, 47, Personalrat der Rundfunk-Fernseh-Film-Union (RFFU) beim Norddeutschen Rundfunk (NDR), wollte die Forderung seiner Gewerkschaft nach kürzerer Arbeitszeit und mehr Planstellen mal mit ein paar Streiks untermauern.

Mit seinen Plänen ging das Hauptvorstandsmitglied der RFFU allerdings „nicht auf dem Markt herum“, um ein „gewisses Überraschungsmoment“ sicherzustellen: „Wir sagten nicht wann, wir sagten nicht wo.“

Am Montag letzter Woche war's dann soweit. Fast unbemerkt schlich der



Ersatz-Moderator Winter: Kein Wort vom Streik

freigestellte „Tagesschau“-Redakteur durchs Funkhaus an der Hamburger Rothenbaumchaussee. Um 14.30 Uhr brachte er die Botenmeisterei zum Stehen, um 15 Uhr verließen die Cutterinnen ihre Schneidetische; um 17.15 Uhr drosselten die Versorgungstechniker die Stromzufuhr und die Klimaanlage.

Richtig bedrohlich wurde es freilich erst am späteren Abend. Zwölf Minuten vor acht legten die Tagesschau-Graphiker den Pinsel aus der Hand, sechs Minuten später verließ die ganze Mannschaft das Studio. Bräutigam: „Es ging alles ruck, zuck.“ Erstmals seit 35 Jahren Blackout bei der Tagesschau – wenn auch nur 41 Sekunden lang.

Denn nach einer halben Schreckminute und elf Sekunden Umschaltpause saß statt Jan Hofer der schnauzbärtige Moderator Michael Winter vom Bayerischen Rundfunk auf dem Ansagerstuhl. „Freundlich sommerhell gekleidet und nur ganz leicht lispelnd“ („Frankfurter Allgemeine“) servierte der Münchner der Republik einen Verschnitt der haus-

eigenen weißblauen „Rundschau“, deren erste Ausgabe täglich um 18.45 Uhr über das Dritte Programm ausgestrahlt wird. Obschon kosmopolitisch ein wenig aufgepeppt, blieb der Freistaat mit seinen Provinzen optisch präsent: Schlußverkauf in Würzburg, „Puma“-Firmenbericht aus dem fränkischen Herzogentaurach, Sturm- und Gewitterschäden am Wochenende in Oberbayern – kein Wort vom Streik.

„Der vielgeschmähte und angeblich so verpöpte Bayerische Rundfunk hat den progressiven Landesanstalten vorge-macht, was flexibler Journalismus ist“, lobte die CSU ihren Sender. Die TV-Anstalt in München-Freimann habe binnen 30 Minuten eine Tagesschau „hingezaubert“, erläuterte Parteisprecher Godel Rosenberg, die dem Tagewerk von 140 Hamburger Mitarbeitern „qualitativ in nichts nachstand“.

Ebenso stolz wie der Hamburger Streikführer Bräutigam („Die haben nicht geglaubt, daß wir im Fernsehen zulangten“) war auch der bayrische Fernseh-direktor Wolf Feller, dessen Haus bisher mehr durch Ausblenden, wie bei der Satire-sendung „Scheibenwischer“, aufgefallen war: „Hamburg hat nur gesagt: Macht uns 'ne Sendung. Und wir haben gemacht.“

Anstaltssprecher Ulrich Paasche rekapitulierte den dramatischen Schlachtverlauf: „Um 19.10 Uhr bekamen wir den ersten Hinweis auf Schwierigkeiten, um 19.30 Uhr wurde es für uns heiß, um 19.40 Uhr wurden die Techniker aus der Kantine geholt, um 19.58 Uhr waren wir sendebereit, um 20 Uhr 30 Sekunden fiel die Entscheidung.“

Doch ganz so schnell schießen auch die Bayern nicht. Immerhin war Tagesschau-Chefredakteur Henning Röhl, der den Streik erst zehn Minuten vor Sendebeginn bemerkt haben will, am Freitag vor dem schwarzen Montag zu einem Geheimtreffen mit dem Kollegen Feller in München. „Das hat damit überhaupt nichts zu tun gehabt“, beteuert Röhl, und der drohende Streik sei „nur nebenbei auf dem Flur“ besprochen worden.

Bei so viel Flüchtigkeit ist dem hantseatischen Besucher natürlich auch entgangen, daß die Bayern schon am Mittwoch zuvor probeweise eine komplette Ersatz-Tagesschau auf Band gelegt hatten. Röhl: „Das ist mir neu.“

Die vorübergehende Schirmherrschaft der Bayern ermunterte Staatskanzlei-Chef Edmund Stoiber (CSU) zu dem Vorschlag, die Tagesschau häufiger aus München zu senden. Und der Ge-

schäftsführer der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Friedrich Bohl verlangte, die Nachrichten „im Wechsel reihum“ von allen Anstalten senden zu lassen.

Gewerkschafter Bräutigam indes will Bayerns Rolle als Streikbrecher nicht hinnehmen. Wenn sich herausstelle, „daß unsere Streiks von langer Hand unterlaufen werden“, will er im RFFU-Vorstand einen länderübergreifenden Solidaritätsbeschluß herbeiführen. Denn: „Wenn die Wunderlampe mal ausgeht, ist das noch lange keine Katastrophe.“

EHEVERMITTLUNG

Unter die Hüften

Im Rathaus des Eifelstädtchens Mechernich werden exotische Frauen zum Heiraten angeboten – „Nebentätigkeit“ eines Angestellten.

Ohne Walter Pünder, 45, läuft in der alten Bleibergwerksstadt Mechernich, nahe Bonn, so schnell nichts. Der verschmitzte Rheinländer arbeitet hauptamtlich als Leiter der Tiefbauabteilung im Bauverwaltungs- und Planungsamt, ist nebenamtlich Geschäftsführer des Verkehrsvereins. So richtig mit Leidenschaft jedoch widmet sich der Katholik vor allem seinem Hobby – der Vermittlung von Frauen.

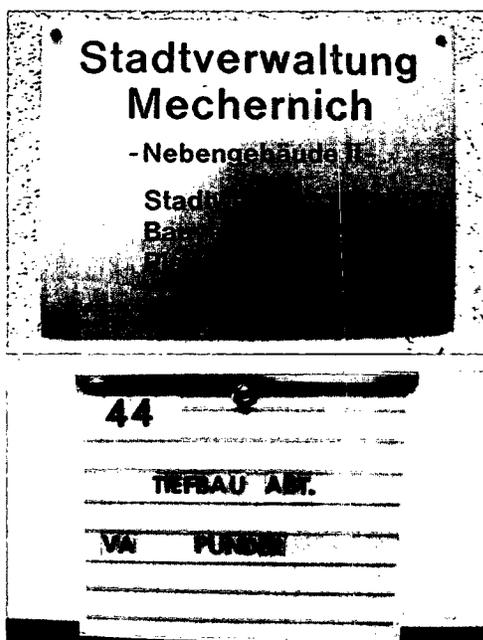
Nachdem er vor gut drei Jahren seine Ehefrau Pauline, eine Filipina, über „Menger's Partner-Ring“ in Darmstadt nach Deutschland geholt hatte, kam Pünder auf die Idee, selber einen solchen Handel aufzuziehen. Er wurde Lizenznehmer des Menger-Unternehmens und gründete auf den Namen seiner Frau die „PPS“: „Pünder's Partner-Service Internationale Ehevermittlung“.

Seither führt er in seinem Katalog eine „Groß-Auswahl von über 3000 Partner-Angeboten aus aller Welt“, pro Person erhältlich für „eine einmalige Gebühr von DM 3980,- zuzügl. der gesetzl. MWSt“. Hinzu kommen die Flugkosten („bis zu 4000 Mark“) und diverse Gebühren etwa für Dokumente oder Sprachkurse.

Wem das zu teuer ist, dem offeriert Pünder auch Sonderangebote: rund drei Dutzend Thailänderinnen zu jeweils 1000 Mark. Die Damen hat sich der Rathausbedienstete, wie er einem Kunden erzählte, in Thailand selbst besorgt.

Pünders Klienten dürfen sich in den Katalogen „bis zu 20 individuelle Partner-Vorschläge“ aussuchen, Umtauschrecht eingeschlossen. Schlägt eine der Auserwählten die Offerte aus, „rücken die nächsten Damen nach – und zwar so lange, bis eine eindeutige und schriftliche Partnerschafts-Zusage vorliegt“. Klappt „innerhalb eines Jahres“ nichts, gibt es die „Geld-zurück-Garantie“.

Wie Pünder verdienen rund 60 Agenturen in der Bundesrepublik an diesem



Pünder-Arbeitsplatz
Vermittlung im Verkehrsverein



Alleine?
Das muß nicht sein! Wir helfen Ihnen sofort! Mehr als 4 000 Mädchen & Frauen aus aller Welt suchen einen treuen Ehe-Partner! Nennen Sie uns beim Wort, wir helfen garantiert! Kontaktaufnahme unter Pünder, Service-Büro, 0 24 43 / 22 93 ab 18 Uhr

Pünder-Offerte
„Nett und aufrichtig“

Menschenhandel. Eine baden-württembergische Selbsthilfegruppe philippinischer Frauen karikiert die Macho-Mentalität der Mädchenvermittler als

die Chance für den darbenden deutschen Mann, was Knackiges unter die Hüften zu kriegen, so oft und so lange er will. Und wenn er nicht mehr will – ex und hopp. Da sind 10 000 Mark doch 1000 Mal besser angelegt als 50 Puffbesuche im Jahr, von Aids ganz zu schweigen.

Das Verblüffende an Pünders Service ist, daß er weitgehend im örtlichen Verkehrsverein und im Rathaus abgewickelt wird. Ehefrau Pauline: „Das macht mein Mann im Amt.“ Vermutlich, weil die Filipina schlecht Deutsch spricht, unterhält Pünder nicht mal einen privaten Telefonanschluß. Der Hausapparat läuft auf den Namen des Vaters, der im Pünder-Haus das Erdgeschoß bewohnt.

Irggard Marx, im Bonner Umland zu Hause, hat Pünders Angebot getestet, als sie für ihren Vater, 69 und derzeit zahnlos, eine Partnerin suchte und ein Inserat im Anzeigen-Blatt „Blickpunkt“ entdeckte: „Hübsche und liebevolle Filipinas suchen nette und aufrichtige Partner zwecks späterer Heirat. Info. täglich außer Sonntag von 16-18 Uhr unter 02443/2293“.

Als sie die Nummer wählte, meldete sich auf Band ein Mitarbeiter des Verkehrsvereins Mechernich mit der Bitte,

die 02443/49154 oder 49141 zu wählen. Gleich die erste Nummer führte Irggard Marx zu Pünders Schreibtisch im Rathaus, Nebengebäude Bergstraße 13. Pünder zu Frau Marx: „Selbstverständlich haben wir was für Ihren Vater. Ich habe eine 30jährige Brasilianerin im Angebot, die können Sie sofort mitnehmen.“

Der Eitorfer Hans-Peter Siebigteroth sprach mit einer „Blickpunkt“-Anzeige Anfang Februar direkt in Pünders Rathaus-Dienstzimmer vor. Im März erschien Siebigteroth erneut im Mechernicher Rathaus, um einen Vertrag abzuschließen.

Um ihm die Kataloge und Vertragsformulare vorzulegen, fuhr Pünder seinen Besucher während der Dienstzeit in ein nahegelegenes Gebäude der Stadt, wo im Parterre die CDU-Geschäftsstelle und im ersten Stock der Verkehrsverein Mechernich e.V. residiert.

Siebigteroth suchte sich aus dem Katalog die Polin Nr. 908716, ersatzweise die Nummern 932580 oder 932681 aus, unterschrieb einen Dienstleistungs- und Ratenzahlungsvertrag, zahlte 500 Mark an und fuhr mit Pünder nach fast zwei Stunden zurück ins Rathaus, wo der Frauenvermittler die Verträge auf einem städtischen Kopierer vervielfältigte.

So glatt der Vertragsabschluß auch lief, nachträglich machte der Kunde Ärger. Siebigteroth, Inhaber einer Detektei, hatte sich im Auftrag der Bonner „Eheanbahnung und Partnervermittlung Iphigenie“ bei Pünder gemeldet. Deren Inhaberin Irggard Peters „wollte wissen, ob man in einem deutschen Rathaus Ausländerinnen per Katalog und mit Rückgaberecht kaufen darf“.

Die Ausländerbehörde des Kreises Euskirchen, von Irggard Peters zweimal angeschrieben, hatte überhaupt nicht reagiert. Auf telefonische Anfrage war sie von dem Ersten Sachbearbeiter Walter Wolff abgewimmelt worden, bei Pünders Frauen-Service handele es sich „um eine geringfügige Nebentätigkeit, gegen die nichts einzuwenden“ sei.

Und obgleich Irggard Peters die Stadtverwaltung bereits dreimal auf die Ehevermittlung hingewiesen hat, erhält sie von Stadtdirektor Helmut Rosen seit fast acht Monaten nur ausweichende Antworten wie „Auskünfte werden nicht erteilt“ (im Dezember) oder „Im übrigen würden Auskünfte, wenn diese hier amtlich bekannt wären, gegen den Datenschutz verstoßen“ (im März).

Die Drohung der Bonnerin, die Sache publik zu machen, hielt der Stadtdirektor für „unangemessen, weil es hier keine interessierte Öffentlichkeit gibt“. Und Rathaus-Mitarbeiter Pünder, vom SPIEGEL befragt, behauptet jetzt: „Ich habe mit niemandem im Rathaus verhandelt.“